

Die Fraktionen
**SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Hagen Aktiv,
FDP, DieLinke, BfHo/Piraten**

Ratsfraktionen . Rathausstraße 11 . 58095 Hagen

Dokument: 2018_05_23_gemratsantrag_36
5€ticket_korrigiert_gf.docx

Herrn Oberbürgermeister

Erik O. Schulz

23. Mai 2019

- im Hause

Antrag für die Sitzung des Rates am 23. Mai 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

gemäß § 16 Absatz 1 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des V. Nachtrages vom 15. Dezember 2016 stellen wir für die kommende Sitzung des Rates zum TOP I.4.3.

Einführung eines 365-Euro-Tickets

den nachfolgenden Änderungsantrag:

A) Hinter Satz 1 des Beschlussvorschlags wird eingefügt:

„Die Prüfung soll im Einzelnen klären bzw. zu belastbaren Einschätzungen führen, ...

1. ... zu welchen Mindereinnahmen ein 365-Euro-Ticket – also eine Jahresfahrkarte für den ÖPNV im Stadtgebiet Hagen für einen Euro am Tag – bei bisherigen Zeitkarten (inkl. Sozialticket & Azubi-Ticket, etc.) führen würde. Darüber hinaus ist ebenfalls zu berücksichtigen, welche Wechselwirkungen bei Abonnenten aus Nachbarstädten eintreten.
2. ... welche Auswirkungen das Ticket auf die derzeitige Tarifeinheit von ÖPNV und SPNV hätte und wie Probleme aufzulösen wäre.
3. ... welche fiskalischen Auswirkungen (Zahlungen an den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)) die flächendeckende Einführung eines 365-Euro-Tickets für die Stadt Hagen bzw. die Hagener Straßenbahn hätte (ohne Mehrverkehre).
4. ... welche belastbare Bereitschaft mindestens in den VRR-Kommunen besteht, ein solches Angebot ebenfalls umzusetzen, und welche Möglichkeiten seitens des VRR gesehen werden, ein solches tarifliches Angebot verbundweit einzuführen.
5. ... welche vergleichbaren Erfahrungen aus anderen vergleichbaren Kommunen mit einem derartigen Angebot vorliegen.
6. ... inwieweit die flächendeckende Einführung des 365-Euro-Tickets zu zusätzlich kostenpflichtigen ÖPNV-Mehrverkehren in Hagen absehbar führen würde.
7. ... inwieweit sich dadurch tatsächlich der Modal Split in Hagen verändern ließe.
8. ... inwieweit eine solche Maßnahme durch Bundes- oder Landesmittel im Rahmen der Abgasreduzierung bzw. -vermeidung nachhaltig gefördert werden kann.“

Die Ergebnisse der Prüfung werden dem Fachausschuss und dem Rat zur Klärung des weiteren Vorgehens vorgelegt.

B) Der zweite Absatz des Beschlussvorschlages wird wie folgt geändert:

„Der Vorstandsvorsteher des VRR, Herr Oberbürgermeister Schulz, wird aufgefordert,

- a) dafür einzutreten, dass weitere Preissteigerungen in der VRR-Tarifstruktur nach Möglichkeit vermieden werden,
- b) sich für eine Einführung des 365-Euro-Tickets im VRR-Bereich einzusetzen, falls das Ergebnis der oben beauftragte Prüfung dies sinnvoll erscheinen lässt.

Die Fraktionen im Rat der Stadt Hagen verpflichten sich ihrerseits, diese Zielstellungen an ihre jeweiligen Fraktionen bzw. Vertreter*innen in der VRR-Verbandsversammlung zu kommunizieren und dafür zu werben.

Begründung:

Zu A)

Die Antragsteller anerkennen ausdrücklich das Bemühen der Aktiven und Unterstützer der Bewegung „Fridays for Future Hagen“. Dazu zählt auch der Antrag zur Einführung eines 365-Euro-Tickets.

Die Grundidee des Tickets ist es, Autofahrer zum Umstieg auf den ÖPNV zu veranlassen. Dafür müssen geeignete Modellbedingungen entwickelt werden. Die Idee einer „Mobilitäts-Flatrate“ im Stadtgebiet ist einerseits bestechend klar, in der Umsetzung jedoch deutlich komplexer. Denn mit der Einführung dieses Tickets sind erhebliche Mehrkosten für den Zuschussgeber Stadt zu befürchten, weil die Fahrgeldeinnahmen deutlich zurückgehen werden.

Der Prüfauftrag der Antrag der Bewegung „Fridays for Future Hagen“ bezieht dabei auch ausdrücklich die Prüfung ein, „inwieweit eine solche Maßnahme durch Bundes- oder Landesmittel im Rahmen der Abgasreduzierung bzw. -vermeidung gefördert werden kann.“

Dieser Hinweis ist absolut richtig, da der Haushalt der Stadt Hagen derzeit eine erwartbare Belastung in knapp zweistelliger Millionenhöhe gar nicht verkraften könnte. Zur Erinnerung: Derzeit finanziert der Bund mit rund 130 Millionen Euro bis 2020 Verkehrsprojekte in fünf Modellstädte zur Luftreinhaltung. Die Mittel stehen zusätzlich zum „Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020“ zur Verfügung. Das macht deutlich, dass das Förderende bereits mit dem Programm beschlossen wurde. Weder der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr noch die Stadt Hagen – und viele andere auch – verfügen über die notwendigen Haushaltsmittel, um solche Ausweitungen der Verluste zu finanzieren. Deshalb müssten Bundes- und Landeszuschüsse mindestens einen Teil der Mehrausgaben nachhaltig auffangen.

Wer eine kluge Entscheidung treffen will, muss sich vorab auch darüber Gedanken machen, welche Auswirkungen zu erwarten sind. Selten sind Zusammenhänge so einfach, wie man sie bei der Durchsetzung von Maßnahmen erwartet. Deshalb brauchen die Ratsmitglieder für eine vernünftige Entscheidung insbesondere eine Einschätzung zur Wirkung des 365-Euro-Tickets.

Entwickelt sich das 365-Euro-Ticket zum Erfolgsmodell und lockt zusätzliche Kunden aus dem Bereich des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) an, wird die Stadt Hagen bei der Straßenbahn deutliche Mehrverkehre bestellen müssen, um das Fahrgastaufkommen bewältigen zu können. Damit würde einerseits natürlich das anvisierte Ziel erreicht, aber auch weitere Kosten verursacht. Dafür braucht es dann ebenfalls eine gesicherte Finanzierung, weil dann ggf. auch weitere Fahrzeuge zu beschaffen und neues Personal zu rekrutieren ist. Wie schwer dies sein kann, zeigen die Probleme der Düsseldorfer Rheinbahn AG bei der Einführung der Metro-Busverbindungen.

Entpuppt sich das 365-Euro-Ticket hingegen im Kern als Substitution für teurere Zeitkarten, würde es ausschließlich mehr Kosten verursachen und die erwünschte Veränderung des Anteils von Verkehrsteilnehmern, die den Umweltverbund nutzen, nicht befördern.

Deshalb ist es erforderlich, aus anderen vergleichbaren Kommunen entsprechende Erfahrungswerte zu beschaffen.

Im Übrigen erscheint eine reine Hagerer Lösung wenig hilfreich, da viele Pendler und Freizeitfahrerinnen und -fahrer im ÖPNV bereits heute täglich die Stadtgrenze überqueren. Sie mit einem Flickenteppich von verschiedenen Tarifen zu überziehen, wäre ein Rückschritt in die Zeit vor dem Tarifverbund des VRR. Deshalb wäre es mindestens sinnvoll, ein 365-Euro-Ticket mindestens für den Verbundraum des VRR zu denken und entwickeln.

Zu B)

Ein verbindliches Eintreten für das 365-Euro-Ticket kann vom Vorstandsvorsteher erst erwartet werden, wenn die Ergebnisse des Prüfauftrags vorliegen. Andernfalls wäre auch der Prüfauftrag an sich überflüssig. Zudem ist das inhaltliche Bekenntnis zu diesem Ratsbeschluss nicht allein Sache des Oberbürgermeisters in seiner Funktion beim VRR, sondern ebenso der im Rat vertretenen Fraktionen, die als kommunale Basis ihrer VRR-Fraktionen Einfluss nehmen sollten.

Mit freundlichen Grüßen verbleiben

Claus Rudel
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion

Dr. Stephan Ramrath
Fraktionsvorsitzender
CDU-Ratsfraktion

Nicole Pfefferer
Fraktionssprecherin
Bündnis 90/
Die Grünen

Dr. Josef Bücker
Fraktionsvorsitzender
Hagen Aktiv

Claus Thielmann
Fraktionsvorsitzender
FDP-Fraktion

Ingo Hentschel
Fraktionsvorsitzender
DieLinke

Thorsten Kiszkenow
Fraktionsvorsitzender
BfHo/Piraten